

11.05.2021

Antrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

Kinder und Jugendliche gegen die Gefahren im Internet sensibilisieren und stark machen

I. Ausgangslage

Für Kinder und Jugendliche ist der Umgang mit Smartphones mittlerweile eine Selbstverständlichkeit. Es ist ständiger und – für viele – geradezu unverzichtbarer Begleiter. 97 Prozent der Kinder zwischen drei und dreizehn Jahren haben im Haushalt Zugriff auf ein internetfähiges Endgerät. Ungefähr die Hälfte der Kinder zwischen sechs und dreizehn Jahren besitzt ein eigenes Smartphone; bei Jugendlichen zwischen zwölf und neunzehn Jahren sind es im Durchschnitt sogar rund 96 Prozent. Es ist damit das mit Abstand am stärksten genutzte digitale Medium von Jugendlichen. Neue Studien belegen eine gestiegene Mediennutzung von Jugendlichen als Folge der Corona-Pandemie und den Maßnahmen zu ihrer Eindämmung, Kontaktsperren, Schulschließungen und Distanzunterricht.

Der Kontakt zu Freunden erfolgt mittlerweile bei fast allen Jugendlichen via WhatsApp (94 Prozent); 87 Prozent der Schülerinnen und Schüler haben eine WhatsApp-Gruppe mit ihrer Schulklasse. Instagram wird von 72 Prozent der Jugendlichen mehrmals in der Woche genutzt – mit steigender Tendenz. Auch bei Snapchat, Pinterest, Twitter und vor allem der chinesischen Plattform TikTok lassen sich Steigerungen feststellen.

Kinder und Jugendliche bekommen heutzutage sehr schnell Zugang zu Inhalten im Internet, mit denen sie ohne Aufklärung und Anleitung aufgrund ihres Alters noch nicht angemessen umgehen, die ihnen unangenehm sein und zum Teil Angst machen können. Jeder zehnte Internetnutzer ist im Internet schon einmal auf etwas gestoßen, das seines Erachtens für Kinder nicht geeignet war. Fünf Prozent sind schon mit unangenehmen Inhalten in Kontakt gekommen und vier Prozent sind auf Ängstigendes gestoßen. Mit dem Alter der Kinder nimmt die Kontaktwahrscheinlichkeit analog zur Internetnutzungsfrequenz zu.

Die Nutzung des Internets und sozialer Medien birgt darum Risiken, für die Kinder und Jugendliche besonders sensibilisiert werden müssen. Dazu zählen unter anderem Social Media-Stress, Selbstoptimierungsdruck durch Influencer (betrifft insbesondere junge Mädchen), Cybermobbing, Sexting, pornografische und Gewaltdarstellungen, Hate Speech, Desinformation sowie Verstöße gegen Datenschutz und Urheberrecht. Besorgniserregend sind in diesem Zusammenhang auch sogenannte „Challenges“. Mediale Aufmerksamkeit erlangte beispielsweise Anfang des Jahres die „Blackout-Challenge“ auf der Videoplattform TikTok. Die „Challenge“ bestand darin, sich dabei zu filmen, wie man sich selbst bewusstlos würgt. In mindestens einem Fall ist ein 10-jähriges Mädchen daran verstorben.

Datum des Originals: 11.05.2021/Ausgegeben: 11.05.2021

Vor allem das sogenannte Cybergrooming stellt eine wachsende Gefahr für unsere Kinder und Jugendlichen dar. Darunter versteht man die Kontaktaufnahme im Internet, die einen sexuellen Missbrauch vorbereiten soll. Täterinnen und Täter suchen über Chaträume und soziale Netzwerke gezielt den Kontakt zu Jungen und Mädchen, um ihr Vertrauen zu gewinnen, ihre Wahrnehmung zu manipulieren, sie in Abhängigkeit zu verstricken und so dafür zu sorgen, dass sie sich niemandem über den Kontakt anvertrauen. Cybergrooming ist als Vorbereitung zu sexuellem Kindesmissbrauch strafbar.

Trotz bestehender guter Angebote zur Förderung von Medienkompetenz und für digitalen Kinder- und Jugendmedienschutz wird es für die Eltern zunehmend schwierig, die Möglichkeiten zu überblicken: 38 Prozent der Eltern und anderer Erziehungsberechtigten kennen die Möglichkeiten des technischen Jugendschutzes nicht. Ein Viertel weiß nicht, wo Informationen über entsprechende Filterprogramme zu finden sind. Zugleich sieht jeder Vierte entsprechende Filterprogramme als zu teuer, kompliziert oder wirkungslos an. Auch das Vertrauen in technische Lösungen des Jugendschutzes ist gering. Laut KIM-Studie denkt ein Viertel der Befragten, dass Kinder trotz installiertem Filterprogramm nicht unbesorgt das Internet nutzen können.

Hinzu kommt, dass soziale Konflikte seit Pandemie-Beginn verstärkt ins Netz verlagert werden. Laut der jüngsten JIM-Studie gaben 29 Prozent der Jugendlichen zwischen zwölf und neunzehn Jahren an, dass falsche oder beleidigende Aussagen über sie online verbreitet wurden; ein deutlicher Anstieg gegenüber den Vorjahren.

Zudem beobachten wir einen Anstieg der Peer-to-peer-Gewalt. Darunter versteht man unter anderem sexuelle und/oder sexualisierte Übergriffe unter Kindern und Jugendlichen gegen deren Willen oder ohne deren Zustimmung. Diese Übergriffe erfolgen zunehmend digital durch die Verbreitung von privaten Fotos und Videos über das Internet.

II. Handlungsbedarf

Das Internet ist inzwischen ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Lebens geworden und trägt damit zur Persönlichkeitsentwicklung auch bei Kindern und Jugendlichen bei. Es bietet umfassende Informations- und Unterhaltungsangebote und erleichtert den Aufbau und die Pflege von sozialen Beziehungen weltweit. Aus Sicht der NRW-Koalition der CDU und FDP wird allerdings auch die Aufklärung über die damit einhergehenden Gefahren und die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler zu kritischem selbstbewusstem Handeln im Internet immer wichtiger. Die Förderung von Medienkompetenz ist daher elementarer Bestandteil schulischen Lernens. Grundlage hierfür ist der Medienkompetenzrahmen NRW, der unter Beteiligung der Landesanstalt für Medien (LfM) regelmäßig weiterentwickelt wird. In insgesamt sechs Säulen wird Medienkompetenz unter verschiedenen Aspekten betrachtet, auch unter dem Gesichtspunkt der Gefährdung und des Schutzes von Kindern und Jugendlichen. Auf der Grundlage des Medienkompetenzrahmens NRW sollen Kindern und Jugendlichen die Schlüsselqualifikationen vermittelt werden, die eine aktive, kreative und verantwortungsvolle gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Dies entspricht den bundesweiten Bildungsstandards auf der Basis des Beschlusses der Kultusministerkonferenz „Kompetenzen in der digitalen Welt“ aus dem Jahr 2016.

Nordrhein-Westfalen nimmt mit seinem ganzheitlichen und systematisierten Ansatz im Bereich Medienkompetenzförderung im Ländervergleich bereits eine Vorbildfunktion ein. Die vorhandenen Angebote sollen nun noch besser vernetzt und auffindbar gemacht werden. Die NRW-Koalition nimmt den durch die Corona-Pandemie verstärkten Trend zur vermehrten Online-Nutzung zum Anlass, das Thema Kinder- und Jugendschutz im Internet sowie

Medienkompetenz in Schulen noch stärker in den Fokus zu rücken. Den Akteuren – Lehrerinnen und Lehrern, pädagogischen Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe, Schülerinnen und Schülern, Eltern und Familien – sollen künftig verstärkt wichtige Informationen im Umgang mit den Gefahren im Internet an die Hand gegeben und deren Handlungskompetenzen gestärkt werden. Die bereits bestehenden Angebote zum Kinder- und Jugendschutz im Internet sollen für alle Zielgruppen besser auffindbar gemacht, miteinander vernetzt und ggf. ergänzt werden.

Viele Angebote sind bereits auf den Weg gebracht worden. Der Online-Lotse #DigitalcheckNRW (www.digitalcheck.nrw) ist das Leitprojekt im Themenfeld Medienkompetenzförderung für Erwachsene. Das Projekt ZEBRA der Landesanstalt für Medien NRW beantwortet konkrete Medienfragen und gibt Hilfestellung (www.zebra-medienfragen.de). Über www.elternundmedien.de können außerdem Elternabende zum Thema Medienerziehung gebucht werden. Darüber hinaus hält die Initiative „klicksafe“ (www.klicksafe.de) unter anderem gezielte Angebote zu Online-Kompetenzen für Kinder, Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte bereit. Mit dem „Internet ABC“ können bereits Grundschulen die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler fördern und die Eltern in den Prozess einbeziehen. Mit den Medienscouts NRW kann die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler weiter gestärkt werden. Gerade der Peer-to-Peer Ansatz kann hier ein wichtiger Baustein bei der verantwortungsvollen Nutzung von digitalen Medien sein. Die Stärkung der Medienkompetenz ist zudem eines der Ziele des aktuellen Kinder- und Jugendförderplans. Die „Landespräventionsstelle gegen Gewalt und Cybergewalt an Schulen in Nordrhein-Westfalen“ hält außerdem viele Unterstützungsangebote für alle am Schulleben Beteiligten bereit. Sie unterstützt Schulen systematisch in ihrem Engagement gegen Gewalt und Cybergewalt und dient den Schulen in Nordrhein-Westfalen als zentrale Anlaufstelle zu den Themenbereichen Gewaltprävention, Cybergewalt und Cybermobbing sowie Medienbildung.

Eltern und Vertrauenspersonen außerhalb der Familie, aber auch Bildungsinstitutionen und Lehrkräfte, sind gefordert, junge Menschen über die Chancen wie über die Gefahren im Internet aufzuklären. Besonders die Schulen stehen hierbei in der Verantwortung. Es ist daher notwendig, sie bei dieser Aufgabe bestmöglich zu unterstützen. In der Schule werden durch digitale Angriffe ausgelöste Verhaltensänderungen und verändertes Lernverhalten oft zuerst deutlich. Lehrkräfte und anderes pädagogisches Personal sind dann gefordert, Hilfen anzubahnen, ggf. auch unter Einbeziehung der Kinder- und Jugendhilfe. Hierfür benötigen sie die entsprechenden Informationen und Kompetenzen. Die Neufassung des gemeinsamen Runderlasses „Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung der Jugendkriminalität“ vom 19. November 2019 fördert eine solche Zusammenarbeit. Themen der Kriminalprävention, insbesondere zur Vermeidung von Gewalt, Diskriminierung, politisch motivierter Straftaten sowie Drogenkonsum beziehungsweise Erläuterungen des Betäubungsmittelrechts und Cybercrime sind in der Schule zu behandeln. Hierzu können Angebote vor allem von Polizei, Jugendamt, Schulpsychologie sowie Einrichtungen der Sucht- und Drogenhilfe und allgemeinen Beratungsstellen genutzt werden. Der Katalog der Straftaten, bei denen die Schulleitung mit der Staatsanwaltschaft oder der Polizei Kontakt aufnehmen muss, ist durch den Begriff „Cybercrime“ ergänzt worden, der insbesondere auch Cybergrooming beinhaltet. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die gezielte Beratung von Eltern.

Neben notwendigen Informationen zur Medienerziehung für Eltern in Form von Elternbriefen und Elternabenden sollten zusätzlich gezielt Unterrichtseinheiten dazu konzipiert und durchgeführt werden, bei denen auch gemeinsam mit externen Experten Lerninhalte mit den Schülerinnen und Schülern zum Thema „Gefahren im Internet“ erarbeitet werden, um so die entsprechenden Handlungskompetenzen aufzubauen.

III. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Das Internet und die sozialen Medien sind für Kinder und Jugendliche zu einem unverzichtbaren Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens und ihrer Persönlichkeitsentwicklung geworden. Dort nutzen sie unzählige Möglichkeiten zu kommunizieren, zu entdecken und zu lernen, gleichzeitig aber auch Freiheiten, die in der analogen Welt nicht vorhanden sind. Kinder und Jugendliche benötigen das nötige Rüstzeug, um mit Risiken und Gefahren in der digitalen Welt umgehen zu können.
- Studienergebnisse belegen einen großen Aufklärungsbedarf über Risiken und Gefahren für Kinder und Jugendliche im Internet, sowohl bei den Betroffenen als auch bei Eltern und Lehrpersonal.
- Präventionskampagnen können einen wertvollen Beitrag leisten, um alle Beteiligten, von Schülerinnen und Schülern über Eltern und Erziehungsberechtigte bis hin zu Lehrerinnen und Lehrern sowie anderem pädagogischen Personal, für das Thema Kinder- und Jugendschutz im Internet zu sensibilisieren.
- Mit dem ganzheitlichen und systematisierten Ansatz im Bereich Medienkompetenzförderung ist Nordrhein-Westfalen Vorreiter und Vorbild für andere Bundesländer. Teilhabe entsteht durch Wissen und Handlungskompetenz. Auf Augenhöhe hierbei mit Kindern und Jugendlichen zu kommunizieren, heißt sie zu schützen und in ihren Potentialen zu fördern.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- die bestehenden gezielten Kompetenzangebote für Eltern, Lehrkräfte und Akteure der Kinder- und Jugendhilfe in ressortübergreifender Zusammenarbeit weiterzuentwickeln und zu vernetzen. Dies sollte in engen Zusammenhang mit dem #DigitalCheckNRW, der „Landespräventionsstelle gegen Gewalt und Cybergewalt an Schulen in Nordrhein-Westfalen“ und im Zusammenspiel mit engagierten Akteuren der Medienlandschaft und der Medienpädagogik in Nordrhein-Westfalen erfolgen, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen zielgerichtet, passgenau und gut koordiniert greifen können. Dabei sollten auch Multiplikatoren, Fachkräfte und andere betroffene Erwachsene, wie z.B. Eltern, in den Blick genommen werden.
- einen Themen- bzw. Projekttag zu Kinder- und Jugendschutz im Internet (bspw. am „Safer Internet Day“) an allen nordrhein-westfälischen Grundschulen und weiterführenden Schulen zu prüfen. Dieser soll einen Beitrag dazu leisten, über die Gefahren aufzuklären und die Kinder und Jugendlichen dabei zu unterstützen, diese zu erkennen und mit ihnen umzugehen. In die Projekttagge sollen weitere außerschulische Akteure, wie z.B. Polizei und Landeskriminalamt eingebunden werden. Eltern und Erziehungsberechtigte sind hierbei ebenfalls eng einzubinden.
- die Kooperation mit der Landesanstalt für Medien NRW zu verstetigen und auszubauen. Die Angebote „Internet ABC“, „Klicksafe“ und „Eltern und Medien“ sollen in den Schulen bekannter gemacht und ausgebaut werden.
- dass das Projekt „Medienscouts NRW“ allen Schulen der Sek I ermöglicht werden soll. Es soll geprüft werden, wie das Projekt auch in den Grundschulen implementiert werden kann.
- zu prüfen, inwieweit Best Practice-Beispiele an Schulen für einen quantitativen wie qualitativen Ausbau des Kinder- und Jugendschutzes im Internet sowie einer entsprechenden Elternberatung nutzbar gemacht werden können.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Petra Vogt
Thorsten Schick
Christina Schulze Föcking
Claudia Schlottmann
Andrea Stullich
Jens Kamieth
Bernd Petelkau

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Marcel Hafke
Jörn Freynick
Franziska Müller-Rech
Thomas Nüchel

und Fraktion